

Beschluss Für ein Berliner Demokratiefördergesetz und den Schutz der Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung

Gremium: Kreisvorstand Tempelhof-Schöneberg

Beschlussdatum: 02.10.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Ein Demokratiefördergesetz für Berlin

2 In einer Zeit wachsender politischer Polarisierung und vermehrter Angriffe auf
3 demokratische Grundwerte ist die Förderung der Demokratie dringend notwendig.
4 Wir erleben einen besorgniserregenden Anstieg gruppenbezogener
5 Menschenfeindlichkeit, darunter Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit,
6 Homo- und Transfeindlichkeit, und die grundlegende Infragestellung
7 demokratischer Werte und Institutionen. Diese Entwicklungen stellen eine
8 Bedrohung für viele Menschen in unserem Land und für den gesellschaftlichen
9 Zusammenhalt da. Projekte, Initiativen und zivilgesellschaftliche
10 Organisationen, die sich aktiv für die Verteidigung von Demokratie und
11 Menschenrechten einsetzen, sind daher heute wichtiger denn je. Daher braucht
12 Berlin dringend ein Demokratiefördergesetz, um einen verlässlichen Rahmen für
13 die demokratiefördernde Arbeit im Land Berlin zu schaffen und Extremismus und
14 Menschenfeindlichkeit zu vorzubeugen.

15 Die schwarz-rote Landesregierung hat in Ihrem Koalitionsvertrag die Schaffung
16 eines solchen Gesetzes vereinbart. Ein von der Sozialverwaltung vorgelegtes
17 Eckpunktepapier wird allerdings von der CDU-geführten Bildungsverwaltung
18 blockiert. Eine baldige Verabschiedung ist nicht absehbar.

19 Politische Bildung muss unabhängig bleiben!

20 Auch der Schutz der bestehenden Institutionen zur politischen Bildung,
21 insbesondere der Landeszentrale für politische Bildung ist wichtig wie nie. Die
22 Landeszentrale spielt eine zentrale Rolle in der demokratischen Bildung und der
23 Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit und Radikalisierung. Wir Grünen in
24 Tempelhof-Schöneberg lehnen die geplante Schaffung der neuen Stabsstelle
25 „Politische Bildung und Demokratieförderung“ in der Bildungsverwaltung
26 entschieden ab. Diese Stabsstelle würde tief in die Unabhängigkeit der
27 Landeszentrale eingreifen und ihre Arbeit politisch beeinflussen.

28 Die Landeszentrale soll in Zukunft ihre Programme sowie die Förderung von
29 Projekten inhaltlich mit der Stabsstelle abstimmen und sie von ihr genehmigen
30 lassen. Auch das Jahresprogramm, die Förderung einzelner Träger sowie die
31 Erstellung von Bildungsmaterialien sollen nur mit Zustimmung der Stabsstelle
32 erfolgen. Dies stellt einen nie dagewesenen Eingriff in die Autonomie der
33 Landeszentrale dar. Die Tatsache, dass die Stellen der neuen Stabsstelle nicht
34 ausgeschrieben, sondern direkt ernannt werden sollen, weckt Zweifel an deren
35 politischen Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit ist jedoch ein zentraler
36 Pfeiler der politischen Bildungsarbeit.

37 Der Versuch der CDU-geführten Bildungsverwaltung, die Landeszentrale durch eine
38 politisch gesteuerte Stabsstelle zu kontrollieren, könnte dazu führen, dass
39 unbequeme oder politisch unerwünschte Inhalte nicht mehr gefördert werden. Schon

40 im Kuratorium der Landeszentrale hat die CDU versucht, die Ausrichtung der
41 Einrichtung „umzukrempeln“, weil diese nach Auffassung der CDU etwa mit Kursen
42 zu antimuslimischem Rassismus oder Antifeminismus zu sehr auf Identitätspolitik
43 setze. In Zeiten zunehmender rassistischer, antisemitischer, misogyner und
44 queerfeindlicher Übergriffe braucht Berlin aber mehr antirassistische und
45 antisexistische Bildungsarbeit und nicht weniger!

46 Demokratieförderung auch vor Ort

47 Die Bedrohung der Demokratie ist nicht abstrakt – sie zeigt sich in unseren
48 Kiezen und Gemeinschaften. In Tempelhof-Schöneberg gibt es bereits zahlreiche
49 Projekte, die sich erfolgreich für die Förderung der Demokratie und den Abbau
50 von Diskriminierung einsetzen. Diese Projekte sorgen dafür, dass demokratische
51 Werte in unseren Kiezen gelebt und weitergegeben werden. Ein
52 Landesdemokratiefördergesetz könnte genau solche Projekte nachhaltig stärken,
53 indem es ihnen langfristige Planungssicherheit und stabile finanzielle Förderung
54 bietet. Diese Projekte sind essenziell für den Erhalt einer offenen und
55 demokratischen Gesellschaft vor Ort und dürfen nicht durch politische
56 Einflussnahme in ihrer Arbeit eingeschränkt werden.

57 Forderungen

58 Die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung muss erhalten
59 bleiben. Wir fordern den Berliner Senat auf, die Pläne zur Schaffung der
60 Stabsstelle umgehend zurückzunehmen und die Unabhängigkeit der Landeszentrale
61 für politische Bildung zu wahren und stattdessen ein umfassendes und
62 nachhaltiges Demokratiefördergesetz zu verabschieden, um die langfristige
63 Förderung von Demokratie und zivilgesellschaftlichem Engagement zu
64 gewährleisten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und
65 extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Insbesondere lokale Projekte, wie
66 die in Tempelhof-Schöneberg, müssen durch klare und langfristige finanzielle
67 Unterstützung abgesichert werden, um demokratische Werte in unseren Kiezen zu
68 festigen.